

Antrag



Weg mit der Impfpflicht - jeder soll frei entscheiden!

Das COVID-19-Impfpflichtgesetz ist mit 5. Februar 2022 in Kraft getreten und vorerst bis 31. Mai 2022 ausgesetzt.

Das COVID-19-Impfpflichtgesetz tritt voraussichtlich mit 31. Jänner 2024 außer Kraft. Das Gesetz muss bis dahin aber laufend auf seine Notwendigkeit überprüft werden.

Bereits im Mai soll es durch ein vierköpfige Gremium zur nächsten Evaluierung kommen.

Viele neue Erkenntnisse sprechen sich gegen die Impfpflicht aus:

Die ELGA (Elektronische Gesundheitsakte) GmbH hat ein 87-seitiges Dokument zur "Datenschutz-Folgenabschätzung" der Impfpflicht an die Bundesregierung übermittelt.

ELGA hält die Impfpflicht für datenschutzrechtlich bedenklich und insofern nicht umsetzbar. Die Datenschutzbehörde muss dies nun prüfen.

Konkret geht es um "die personenbezogene Verarbeitung von Ausnahmen von der generellen COVID-19-Impfpflicht im Zentralen Impfregeister" sowie "die Übermittlung der Impfdaten und Ausnahmen an den Gesundheitsminister unter anderem zur Verhängung von Strafen gegenüber Nichtgeimpften", die ELGA datenschutzrechtliche Sorgen bereiten. Gleichzeitig sei diese Datenverarbeitung aber ein notwendige Bedingung "für die Vollziehung der COVID-19-Impfpflicht und setzt diese daher logisch voraus", heißt es in dem Papier.

Darüber hinaus hält ELGA die Impfpflicht für nicht verhältnismäßig.

Public Health Graz, Dr. Martin Sprenger:

„Eine Impfpflicht ist ein so massiver Eingriff in die Gesellschaft, dass viele Kriterien vollständig erfüllt sein müssen. Bei der Impfpflicht in Bezug auf SARS-CoV-2 war das nicht einmal annähernd der Fall. Für mich als Gesundheitswissenschaftler war das von Anfang an vollkommen klar. Warum sich trotzdem so viele Wissenschaftler*innen für eine Impfpflicht ausgesprochen haben, bleibt rätselhaft. Der Beschluss eine Impfpflicht einzuführen fiel am 18. November am Achensee. Es war eine rein politische Entscheidung. Warum sich so viele Wissenschaftler*innen in Folge von der Politik instrumentalisieren ließen bleibt rätselhaft. Dass heute viele Impfpflichtbefürworter erkennen, dass diese ein "totes Pferd" ist, ist wiederum bezeichnend für die Pandemie. Zuerst wird ignoriert, diffamiert, polarisiert und Fakten in alle Richtungen verbogen. Ein paar Monate später ist alles anders. Auf dem Weg vom Irrtum bis zur Erkenntnis wurde massiv Vertrauen zerstört.“

NAbg. und Gewerkschafter Josef Muchitsch „Meine Bedenken und Zweifel zu diesem Gesetz bei der Zuverlässigkeit, der Durchführbarkeit, der Rechtmäßigkeit, der Sinnhaftigkeit und der Zeitpunkt haben mich zu meinem Entschluss bewogen, nicht zuzustimmen.“

Auch der **neue Präsident der Tiroler Ärztekammer Stefan Kastner** hat sich gegen eine Wiedereinführung der Corona-Impfpflicht ausgesprochen. Derzeit gebe es dafür keine Notwendigkeit, sagte er im Interview mit der APA. Auch die bestehende Quarantäne-Regeln brauche es derzeit nicht mehr. Bevor es keinen angepassten Impfstoff gibt und es die Dramatik der Situation erfordern würde, mache die Impfpflicht laut dem neuen Ärztekammerpräsidenten keinen Sinn. Für das Vorgehen vor der Omikron-Welle zeigte Kastner aber Verständnis. Damals habe man kaum eine andere Chance gesehen, als verstärkt zu impfen. Man habe aber feststellen müssen: „Das wird uns nicht aus der Patsche helfen.“

Nach über zwei Jahren Pandemie sei es laut Kastner an der Zeit eine nüchterne Sicht auf Corona zu entwickeln. „Der Krisenmodus ist zu verlassen“. Er habe mitunter schon den Eindruck gewonnen, dass es zu mancher Zeit auch politisch gewollt war, das Thema weiter derart medial am Köcheln zu halten, um von anderen Dingen etwas abzulenken. Eine Impfpflicht werde jedenfalls aufgrund der weitgehenden Durchseuchung auch über den Frühling und Sommer hinaus nicht nötig sein – außer es trete eine neue aggressive und ansteckenden Corona-Variante auf.

Regierungsexpertin Von Laer beim Expertenhearing zur Impfpflicht im Gesundheitsausschuss : „Voraussetzung für eine Impfung soll die sterile

Immunität sein. Da es nicht möglich sei, durch die Covid-19-Impfstoffe die Übertragung zu verhindern, sei eine Impfpflicht damit nicht gerechtfertigt. Denn eine Ausrottung des Virus wie etwa bei Polio sei damit nicht möglich. Zugangsbeschränkungen für Ungeimpfte würden keinen Sinn machen, da die Impfung nicht vor Übertragung schütze.“ Sie empfahl das Anwenden von Covid-Testungen zur Vermeidung von Infektionen. Als sinnvoll erweisen könnte sich von Laer zufolge künftig auch ein einfacher Zugang zu Titter-Tests, würden neue Studien doch zeigen, dass man desto besser vor dem Coronavirus geschützt sei, je mehr Antikörper man habe.

Univ.-Doz. Dr. MSc. Hannes Strasser - Urologe und Impfarzt aus Tirol: bei COVID-19 sieht er die strengen Anforderungen für eine Impfpflicht nicht gegeben. Schließlich biete die Impfung weder einen Schutz vor einer Infektion noch vor einer Weitergabe des Virus, gab er zu bedenken. Das wisse man bereits seit Sommer letzten Jahres. Auch vor schweren Verläufen bzw. dem Tod sei man damit nicht zuverlässig geschützt. "Die Impfungen wirken, aber nicht gut genug", unterstrich Strasser, eine Beendigung der Pandemie durch Herdenimmunität werde man nicht erreichen können, zumal der Impfschutz erwiesenermaßen nur ein paar Wochen bzw. Monate halte. Besorgt zeigte sich Strasser gleichzeitig, was die Nebenwirkungen von COVID-19-Impfungen betrifft. Diese würden deutlich häufiger als erwartet auftreten, meinte er mit Berufung auf verschiedene Studien. Damit würden sich unkalkulierbare Risiken für gesunde Menschen ergeben.

Aufgrund dieser vielen neuen Erkenntnisse kann man nicht mehr zur Tagesordnung übergehen. Eine Impfpflicht ist ein enormer Eingriff in das persönliche Grundrecht jedes Einzelnen und sie ist mit keinem Argument mehr zu rechtfertigen. Es geht nicht um die Impfung selbst, sondern es geht um die freie Entscheidung! Jeder soll sich impfen lassen, wenn er oder sie der Meinung ist, damit besser geschützt zu sein. Das Solidaritätsargument jedoch ist schon längst von vielen Experten widerlegt und es geht auch darum, die Spaltung der Gesellschaft nicht noch weiter voran zu treiben. Ein weiterer Aspekt, der jedoch hier nicht weiter ausgeführt werden kann, ist der bereits bestehende Fachkräftemangel.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher den Gesundheits- und Sozialminister Johannes Rauch auf, das derzeitige ausgesetzte Impfpflichtgesetz nicht wieder scharf zu stellen und ersatzlos zu streichen, denn es geht hier um das Grundrecht der freien Entscheidung jedes Einzelnen und nicht um die Impfung!

KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
05.05.2022

Für

Arbeiter und **A**ngestellte